DGB BILDUNGSWERK

NORDSÜD NEWS II – September 2025

INTERNATIONALE ZUSAMMENARBEIT

INHALT

Union Scouts
Die Gewerkschafts-perspektive stärken . . . . . S. 2

Der Kommentar
Internationale Solidarität: Ein Muss im Zeichen von Rechtswende und Militarisierung . . . . . S. 4

Gewerkschaftliches Kompetenzzentrum
Unternehmerische Verantwortungslosigkeit? So nicht mehr! . . . . . S. 6

Gewerkschaftspartnerschaft Ukraine
Lehrkräfte bekommen Kraft . . . . . S. 8

Netzwerk für Gewerkschaftsfreiheit
»Es geht um Einschüchterung und oft um Leben und Tod« . . . . . S. 10

AUS DEN PROJEKTEN
Panama: Die neue Macht der Bananenarbeiter*innen. . . . . S. 12

IN KÜRZE
UN verhandeln Steuergerechtigkeit
Buchtipp: Für einen ökologischen Sozialismus
Michael Sommer: Globaler Brückenbauer
Filmtipp: Solidarity . . . . . S. 14/15
UN verhandeln Steuergerechtigkeit . . . . . S. 16

Impressum . . . . . S. 16

www.gute-arbeit-weltweit.de

UNION SCOUTS

Die Gewerkschafts-perspektive stärken

Es ist eine besondere Form der internationalen Gewerkschaftsarbeit: Georg Weininger arbeitet als Union Scout – und sorgt zum Beispiel mit dafür, dass die Interessen junger Beschäftigter in Bangladesch in der Ausbildung berücksichtigt werden.

Die Regierung in Bangladesch will die Arbeitsperspektiven für die Bevölkerung verbessern und die Qualifizierung der Beschäftigten voranbringen. In der Textilindustrie des Landes soll deshalb die duale Ausbildung etabliert werden. Das heißt: Junge Menschen sollen ihren Beruf sowohl im Betrieb als auch begleitend in einer Bildungseinrichtung erlernen. In Deutschland ist die duale Form der Berufsausbildung seit langem selbstverständlich – und die institutionalisierte Mitbestimmung der Auszubildenden ebenfalls. Das wollen die Gewerkschaften in Bangladesch auch für ihr Land erreichen. Ein sogenannter Union Scout aus Deutschland unterstützt sie dabei. Im Juli ist der Union Scout Georg Weininger deshalb nach Bangladesch gereist.

Aufgabe von Union Scouts wie Georg Weininger ist es, die Gewerkschaften stärker in die internationale Zusammenarbeit einzubeziehen. Er ist beim Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) angesiedelt. Sie beraten die Gewerkschaften zu den Fördermöglichkeiten, die die Bundesregierung für gewerkschaftliches Engagement in Schwellen- und Entwicklungsländern bereitstellt, sagt eine Sprecherin der GIZ. „Zum Beispiel beraten sie zu Partnerschaften mit Gewerkschaften in den Partnerländern des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung."

Union Scouts gibt es auch bei der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), der Industriegewerkschaft Metall (IG Metall) und bei der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie (IGBCE). Das Ministerium hat die Entsendung der Union Scouts bis 2027 beauftragt.

Die GIZ und der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) haben 2023 eine Grundsatzerklärung für ihre Zusammenarbeit unterzeichnet. Darin ist unter anderem festgelegt, dass gewerkschaftliche Aspekte in die Entwicklungsarbeit einfließen und umgekehrt die Erfahrungen der GIZ für die Gewerkschaften nutzbar werden sollen. „Die Gewerkschaften waren immer schon im Bereich der internationalen Arbeit tätig", sagt Weininger. „Bislang aber nicht in institutionalisierter Form in Kooperation mit der GIZ." Weininger hat Internationale Beziehungen studiert. Bei internationalen Projekten hat er Erfahrungen gesammelt, etwa als Friedensberater für das Willy Brandt Center Jerusalem.

Union Scouts

Union Scouts werden im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) von der bundeseigenen Agentur für Wirtschaft und Entwicklung (AWE) über die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) an deutsche Gewerkschaften entsendet.

Die Einrichtung des Union Scouts ist angelehnt an die sogenannten Business Scouts. Business Scouts sind Kontaktpersonen in Wirtschaftsvereinigungen, die von der GIZ entsendet werden. Sie sollen die Interessen von Verbänden oder Handelskammern in die Entwicklungszusammenarbeit einbringen. Dass auch Gewerkschaften in institutionalisierter Form auf die Entwicklungszusammenarbeit Einfluss nehmen, ist erst mit der Schaffung der Union Scouts der Fall.

Georg Weininger gehört zum Netzwerk der Business Scouts, hat aber eine spezifische Aufgabe. „Es geht darum, bei Projekten der Entwicklungszusammenarbeit die gewerkschaftliche Perspektive und das Know how der Beschäftigten einzubringen", erklärt er. Wie wichtig das ist, wurde etwa durch den Einsturz der Rana-Plaza-Textilfabrik in Bangladesch im April 2013 deutlich. Bei der Brandkatastrophe wurden 1.135 Menschen

Foto: CC BY-NC-ND 3.0 IGO: ILO Asia/Pacific/flickr

Das Rana Plaza-Unglück hätte sich „verhindern lassen, wenn die Arbeitnehmervertreter ernst genommen worden wären“: Überlebende des Fabrikeinsturzes

getötet und 2.438 verletzt. „Die Katastrophe hätte sich verhindern lassen, wenn die Warnungen der Arbeitnehmervertreter ernst genommen und strukturelle Reformen rechtzeitig umgesetzt worden wären“, sagt Weininger. Als Reaktion auf das Desaster brachten der frühere Entwicklungsminister Gerd Müller (CSU) und der frühere DGB-Vorsitzende Reiner Hoffmann die Idee voran, die Kooperation von Entwicklungszusammenarbeit und Gewerkschaften zu forcieren.

» Es geht auch darum, in Ländern, in denen es noch keinen sozialpartnerschaftlichen Dialog gibt, dieses Konzept in die Gewerkschaftsarbeit zu tragen. «

Union Scout Weininger

Weiningers Aufgabenbereich ist vielschichtig. Eine große Rolle bei seiner Arbeit spielt die Einhaltung von Menschen- und Arbeitsrechten entlang der internationalen Lieferketten. „Die Sicherung von Sorgfaltspflichten in der Lieferkette ist zentral für die internationale Arbeit vieler Gewerkschaften, weil der Sinn menschenrechtlicher und arbeitsrechtlicher Vorgaben erkennbar und bewertbar wird“, sagt er. Dabei bleibt es auch, wenn es zur geplanten Aufweichung der europäischen und deutschen Lieferkettengesetze kommt, ist er überzeugt.

Weininger ist ebenso Ansprechpartner für die Mitgliedsgewerkschaften des DGB in Fragen der Entwicklungsarbeit wie für Arbeitnehmendenvertreter*innen aus anderen Ländern. Er stellt Kontakte her, etwa wenn Gewerkschaften in Kolumbien etwas über die Erfahrungen der deutschen Kolleg*innen mit der sozialen Abfederung des Kohleausstiegs wissen wollen. Bei einem Projekt in Südafrika ging es darum, Beschäftigte im Bergbau zu unterstützen. „Zum einen geht es darum, gewerkschaftliche Positionen in die Entwicklungsarbeit einzubringen“, sagt er. „Aber es geht auch darum, in Ländern, in denen es noch keinen sozialpartnerschaftlichen Dialog gibt, dieses Konzept in die Gewerkschaftsarbeit zu tragen.“

Das ist zum Beispiel bei dem Projekt zur dualen Ausbildung in Bangladesch der Fall. In Deutschland ist es selbstverständlich, dass in der Ausbildung die Interessenvertretung der jungen Beschäftigten institutionalisiert ist. „In anderen Ländern können sich das nicht nur Arbeitgeber, sondern auch Gewerkschaften nicht vorstellen“, berichtet Weininger. In Bangladesch beginnt die Einführung der dualen Ausbildung mit einem Berufsbildungsdialog aller Beteiligten. Weininger hat an einem Planungsworkshop dafür teilgenommen. Diese Art der Berufsbildungsarbeit hat eine lange Tradition bei der GIZ. „Aber dass die Perspektive der Arbeitnehmervertretung einbezogen wird, ist neu“, sagt er.

Eine weitere Aufgabe von Weininger: Der Austausch mit den Business Scouts bei den Spitzenverbänden der deutschen Wirtschaft. Er arbeitet daran, einen organisatorischen Austausch zu schaffen, damit sich Gewerkschaften und verschiedene Wirtschaftsverbände wie der Bundesverband Großhandel, Außenhandel, Dienstleistungen, der Bundesverband der deutschen Industrie oder die Deutsche Industrie- und Handelskammer über entwicklungspolitische Fragen austauschen können. „Einige Themen sind übergreifend für Gewerkschaften und Unternehmen wichtig“, ist Weininger überzeugt. Dazu gehören Fragen der Rohstoffsicherung oder der Fachkräftemangel.

Autorin: Anja Krüger ist Journalistin. Sie lebt in Berlin und verfolgt gewerkschaftliche Entwicklungen seit vielen Jahren.

DER KOMMENTAR

Internationale Solidarität: Ein Muss im Zeichen von Rechtswende und Militarisierung

Für die „eskalierende Konkurrenz“ und „waffenstarrende Austeritätspolitik“ zahlten arbeitende Menschen weltweit, kommentiert Arbeitssoziologin und Professorin Nicole Mayer-Ahuja – und „Wer, wenn nicht die Gewerkschaften, kann diesem Wahnsinn entgegentreten?“

Solidarität ist eine Herausforderung für Gewerkschaften. Sie widerspricht der Logik des Kapitalismus, der auf Unterschiedlichkeit und Konkurrenz beruht. Nicht nur Unternehmen und „Wirtschaftsstandorte“ konkurrieren ständig miteinander, sondern auch arbeitende Menschen. Solidarisierung – also eine Verständigung auf gemeinsame Interessen von Lohnabhängigen, gegenseitige Unterstützung und Zusammenstehen gegen diejenigen, die (etwa auf Unternehmensseite) gegensätzliche Interessen vertreten – ist deshalb ein mühsamer Prozess. Er gelingt nur selten, und stets droht der Rückfall in den Kampf aller gegen alle. Dennoch ist gewerkschaftliche Politik ohne das stetige Ringen um Solidarisierung nicht vorstellbar.

Seit Beginn der Arbeiterinnen- und Arbeiterbewegung haben sich Männer und Frauen, alte und junge, einheimische und migrantische Beschäftigte, Stamm- und Randbelegschaften immer wieder zusammengerauft – das Verbindende zwischen ihnen zumindest zeitweise stärker gewichtend als das Trennende.

Immerhin machen Lohnabhängige, so unterschiedlich ihre Beschäftigungsverhältnisse und Tätigkeiten auch sein mögen, strukturell ähnliche Erfahrungen: mit dem Zwang, die Existenz durch Verkauf von Arbeitskraft zu sichern und fremden Reichtum zu mehren, mit fremdbestimmter Arbeit im Betrieb, aber auch mit Arbeitsprozessen, die Kooperation erfordern und Kollegialität fördern. Solidarisierung bedeutet, das kollegiale „Wir“ zu erweitern – und zugleich klare Grenzen zu ziehen.

Nur wenn Arbeitende erkennen, dass sie nicht mit der Firmenleitung „in einem Boot“ sitzen und Frauen, migrantische Beschäftigte oder Arbeitslose im Bürgergeldbezug weder „Schmutzkonkurrenz“ noch Schmarotzer, sondern „von-Lohn-Abhängige“ sind wie man selbst, können ihre Gewerkschaften bessere Arbeitsbedingungen und Einkommen oder ein Mehr an demokratischer Mitbestimmung durchsetzen.

Internationale Solidarität ist noch schwerer zu machen: In Weltkonzernen konkurriert „Standort“ gegen „Standort“. Auf dem Arbeitsmarkt scheinen Löhne, soziale Sicherung und Arbeitsplätze durch Dumpingkonkurrenz etwa aus Indien oder China bedroht. Zugleich ist schwerer erkennbar, was Arbeitende verbindet: Über weit verteilte Niederlassungen hinweg lernt man sich kaum als Kollege oder Kollegin kennen. Und sind Arbeits- und Lebensbedingungen „da unten“ tatsächlich mit denen in Deutschland vergleichbar?

Trotzdem ist Solidarisierung möglich – auch über Staatsgrenzen hinweg. So entstehen im Arbeitsprozess durchaus Verbindungen zwischen Belegschaften in verschiedenen Weltregionen – in transnationalen Projekten oder Wertschöpfungsketten. Kooperation und Kollegialität sind nicht nur

»Es gibt eine Alternative: das zähe Ringen um internationale Solidarität.«

Foto: kpw-photo

Prof. Dr.
Nicole Mayer-Ahuja
Institut für Soziologie,
Georg-August-Universität Göttingen

im betrieblichen Nahbereich denkbar, sie können auch in digitalen Netzen entstehen.

Und speziell „just-in-time"-Produktion eröffnet Gewerkschaften neue Chancen für internationale Arbeitskämpfe. Arbeitende sind weltweit von ähnlichen Unternehmensstrategien (Cost cutting, sonst: Verlagerung) und staatlichen Politiken der Prekarisierung betroffen. Es stimmt nicht, dass „wir alle im globalen Norden" auf Kosten des „globalen Südens" leben – vielmehr wird Arbeitenden nicht nur in Indien oder China der Gürtel enger geschnallt, sondern auch in Deutschland oder den USA.

Diese Einsicht ist gerade im Zeichen der aktuellen Militarisierung und Rechtswende zentral. „Wir", das sind nicht „die Deutschen", die Migration durch Grenzschließungen verhindern müssen – auch nicht „die Europäer", die gegen Russland oder China zusammenhalten sollen. „Wir", das sind arbeitende Menschen in aller Welt, die auf dem Arbeitsmarkt, in Betrieben und an den Fronten gegeneinander in Stellung gebracht werden.

Sie zahlen die Zeche für eskalierende Konkurrenz und waffenstarrende „Austeritätspolitik": Weil weltweit an Arbeit, sozialer Sicherheit und öffentlichen Diensten gespart wird, wenn staatliche Mittel vor allem in Rüstung fließen. Weil Rassismus und Nationalismus es erleichtern, Lohnabhängige gegeneinander auszuspielen. Weil Kriegstüchtigkeit voraussetzt, dass Befehl und Gehorsam auch in der Arbeitswelt an Bedeutung gewinnen (etwa: Streikverbote für „systemrelevante" Berufe) und weil Krieg bedeutet: „Die Dividenden steigen, und die Proletarier fallen", wie Rosa Luxemburg 1916 bemerkt hat.

Wer, wenn nicht die Gewerkschaften, kann diesem Wahnsinn entgegentreten? Es gibt eine Alternative: das zähe Ringen um internationale Solidarität.

Autorin: Nicole Mayer-Ahuja ist Professorin für Soziologie, Schwerpunkt Arbeit, Unternehmen und Wirtschaft an der Georg-August-Universität Göttingen, ihr aktuelles Buch: „Klassengesellschaft akut – Warum Lohnarbeit spaltet – und wie es anders gehen kann." erscheint am 18.09.2025 im C.H.Beck. Verlag, 26.00 Euro

GEWERKSCHAFTLICHES KOMPETENZZENTRUM

Unternehmerische Verantwortungslosigkeit? So nicht mehr!

Auch wenn Gesetze über Sorgfaltspflichten in der Lieferkette für Unternehmen abgeschwächt werden – einfach so weiter machen wie bisher kann die Wirtschaft nicht. Ein neues gewerkschaftliche Kompetenzzentrum für menschenrechtliche Sorgfaltspflichten soll helfen, Kinderarbeit, moderne Sklaverei oder Umweltzerstörung zu bekämpfen.

Die Einführung von Lieferkettengesetzen in Deutschland und auf EU-Ebene ist eine direkte Antwort auf gravierende Missstände in globalen Produktions- und Handelsketten. Dramatische Ereignisse wie der Einsturz des Rana Plaza-Gebäudes in Bangladesch 2013, bei dem über 1.135 Textilarbeiter*innen ums Leben kamen, haben der Welt die fatalen Folgen von Ausbeutung, fehlender Kontrolle und unternehmerischer Verantwortungslosigkeit vor Augen geführt. Auch anhaltende Kinderarbeit in Kakaoplantagen, Umweltzerstörung im Rohstoffabbau oder prekäre Arbeitsbedingungen in der Landwirtschaft haben den politischen Druck erhöht.

Mit dem deutschen Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz (LkSG) und der europäischen Corporate Sustainability Due Diligence Directive (CSDDD) werden Unternehmen stärker in die Pflicht genommen, Menschenrechte und Umweltstandards entlang ihrer globalen Lieferketten zu achten. Leider werden die Gesetzesinitiativen laufend von einer politischen Debatte begleitet, die sie als ‚Bürokratiemonster' verfemt. Infolge dieser Debatte stehen Änderungen von Gesetz und Gesetzesinitiative an, die die Substanz stark verwässern könnten. Von der vorherigen Freiwilligkeit unternehmerischer Sorgfalt, ist man dennoch meilenweit entfernt. Darauf fußt ein neues gewerkschaftliche Kompetenzzentrum für menschenrechtliche Sorgfaltspflichten.

Menschenrechtliche Sorgfalt soll nicht bloß ein formaler Begriff bleiben.

Lieferkettengesetze wirken nur, wenn es Menschen gibt, die sie durchsetzen. Voraussetzung dafür ist, dass die komplexe Gesetzeslage für diese Akteure nachvollziehbar wird. Genau an diesem Punkt setzt ein neues gewerkschaftliches Kompetenzzentrum für menschenrechtliche Sorgfaltspflichten an. Es verbindet juristisches Know how mit gewerkschaftlicher Erfahrung, stärkt die globale Vernetzung der Gewerkschaftsbewegung und fördert so den Dialog.

Ins Leben gerufen wird es von den Internationalen Gewerkschaftsverbünden Uni Global sowie IndustriALL, dem Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) und der Friedrich-Ebert-Stiftung. Die Anschubfinanzierung kommt von der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ). Es wird noch 2025 eröffnet und versteht sich als strategisches Instrument, um die Durchsetzung neuer gesetzlicher Standards wie dem LkSG und der EU-Richtlinie wirksam zu begleiten.

Das Zentrum soll Gewerkschaften in Industriestaaten wie Deutschland ebenso wie in Produktionsländern im Globalen Süden dabei unterstützen, bestehende rechtliche Rahmenbedingungen zu nutzen, Missstände sichtbar zu machen und Verstöße systematisch zu bekämpfen. Das Zentrum verfolgt drei zentrale Schwerpunkte.

Erstens: den gezielten Kapazitätsaufbau durch Schulungen, Wissenstransfer und den Aufbau internationaler Netzwerke.

Zweitens: strategische Interventionen etwa durch rechtliche Beratung bei akuten Arbeitsrechtsverletzungen in besonders risikobehafteten Branchen.

Und drittens: politische und betriebliche Einflussnahme zum Beispiel

Foto: CC BY-NC-SA 2.0 : INKOTA Netzwerk/flickr

Berichte über Kinderarbeit auf Kakaoplantagen haben den Druck für Lieferkettengesetze erhöht: kreative Infoaktion von INKOTA

durch die Zusammenarbeit mit Betriebsräten, Aufsichtsbehörden und zivilgesellschaftlichen Organisationen.

Der Anspruch ist klar: Menschenrechtliche Sorgfalt soll nicht bloß ein formaler Begriff bleiben, sondern konkrete Verbesserungen für Näher*innen in Bangladesch, Minenarbeiter*innen im Kongo oder auch Metallarbeiter*innen in der US-Automobilindustrie erwirken.

Wie dringend nötig das Engagement des Zentrums ist, zeigt sich in den vielen Beschwerden über die Vernachlässigung von Sorgfaltspflichten. Zahlreiche Gewerkschaften und Nichtregierungsorganisationen haben Beschwerden beim für das LkSG verantwortlichen Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) eingereicht oder Hinweise darüber geliefert, dass Unternehmen ihre Verpflichtungen nach dem LkSG nicht erfüllen – sei es durch ungenügende Risikoanalyse, fehlende Zugänglichkeit der Beschwerdeverfahrens oder mangelnden Schutz der Hinweisgeberinnen und Hinweisgeber.

Mit dieser Fülle an Fällen wird deutlich, dass viele Unternehmen menschenrechtliche und umweltbezogene Risiken entlang ihrer Lieferketten entweder erst spät oder gar nicht adressieren. Beim Verfassen der Beschwerden, geraten viele Akteur*innen an ihre Grenzen. Hier wird das Kompetenzzentrum künftig mit Unterstützungsmaßnahmen zur Seite stehen.

Autorin: Miriam-Lena Horn leitet das Referat für internationale Lieferketten in der Abteilung internationale und europäische Gewerkschaftspolitik beim Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB). Sie ist einer der Köpfe hinter dem neuen Kompetenzzentrum.

GEWERKSCHAFTSPARTNERSCHAFT UKRAINE

Lehrkräfte bekommen Kraft

In der Ukraine bekommen Lehrende umgerechnet etwa 300 Euro im Monat – und damit weniger als Barkeeper. Doch mit internationaler Unterstützung verschafft sich die Bildungsgewerkschaft nun mehr Gehör – und stößt eine Lohnreform an.

Foto: CC BY-NC-SA 2.0 Michael Kötter / flickr

In den Frontstädten ist von vielen Schulen kaum etwas übrig geblieben. Der Unterricht findet dann in unterirdischen Räumen und online statt.

Über eine Million Mitglieder, ein Drittel davon Studierende, zählt die größte ukrainische Bildungsgewerkschaft, die TUESWU (Trade Union of Education and Science Workers of Ukraine). Wegen des russischen Angriffskrieges steht sie aber derzeit vor beispiellosen Herausforderungen: Die Bildung ist im Wortsinn unter Beschuss. Wie lässt sich da lehren, die junge nachwachsende Generation auf das Leben vorbereiten?

Der Bildungssektor ist seit dem Jahr 2014 zunehmend ins Hintertreffen geraten. Die ukrainischen Lehrer*innen sind weit entfernt von stabilen Verhältnissen. Während sich andere Branchen wirtschaftlich weiterentwickelten, blieb das Gehaltsniveau für sie all die Jahre nahezu gleich.

„Damit liegt die Bildung auf den letzten Plätzen aller Wirtschaftsbereiche“, sagt Sergii Romanjuk, der Vize-Vorsitzende der Gewerkschaft in seinem Büro in Kiew. Die Bezahlung betrage heute im Schnitt umgerechnet etwa 300 Euro im Monat. Das heißt, insbesondere junge Lehrkräfte starten oft mit deutlich weniger ins Berufsleben. Dabei sind die Lebensmittelpreise in der Ukraine fast auf deutschem Niveau. Ein Kilo Zitronen beispielsweise kostet in der preisgünstigen Supermarktkette ATB zwei Euro.

„Niemand kann von 300 Euro im Monat leben“, so Romanjuk. So wanderten qualifizierte Kräfte in andere Branchen ab. Für andere ist der Lehrerberuf nur eine von mehreren Einnahmequellen. Wer in einem Café Getränke mixt, erhält 500 Euro im Monat. Viele Lehrer*innen verdienen noch etwas als Taxifahrer*in, an der Bar in einem Café oder als Nachhilfelehrer*in hinzu. Immer mehr greifen die Bildungsbehörden auf bereits verrentete Lehrkräfte zurück.

Seit 2022 gibt es in den Frontregionen, in Orten wie Charkiw, keinen Präsenzunterricht mehr. Wie auch? „Vom Luftalarm bis zum Raketenangriff vergehen dort manchmal nur drei Minuten“, erklärt Romanjuk, „Evakuierungen sind nicht machbar. Deshalb setzen wir auf Online-Unterricht.“ Zwar gebe es in Charkiw Schulen unter der Erde. Doch bei einer Bevölkerung von über einer Million Menschen seien die wenigen unterirdischen Schulen nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Immerhin eine Sache freut den Gewerkschafter: „In den Gegenden in Frontnähe, wo die Menschen am meisten leiden, zeigen die Schülerinnen und Schüler besonders gute Ergebnisse. Dort ist die Motivation besonders hoch.“

Während der Pandemie und des Krieges verlagerte sich auch die Arbeit der Gewerkschaft zunehmend ins Digitale. „Früher konnte ich eine Region vielleicht zweimal im Jahr besuchen, jetzt mache ich täglich Zoom-Konferenzen“, erzählt Romanjuk. So könne man schneller auf Probleme reagieren und mit Mitgliedern direkt in Kontakt bleiben.

Auch öffentliche Proteste oder gar Streiks sind in Kriegszeiten nicht möglich. Darum setzt die Gewerkschaft nun vor allem auf sozialen Dialog, Medienarbeit – und auf internationale Unterstützung.

Sergi Romanjuk gemeinsam mit seinen Kolleginnen bei TUESWU, Inna Michaltschenko, Leiterin der Abteilung für Informationssicherheit und Kommunikation (links) und Kateryna Maljuta-Osaulowa, Leiterin der Abteilung für Internationales.

Schon seit einigen Jahren arbeitet die TUESWU eng mit der deutschen Bildungsgewerkschaft GEW zusammen. Die TUESWU und ihre Mitglieder, die Lehrkräfte und Beschäftigten in den Bildungseinrichtungen, leisteten „eine beeindruckende Arbeit zur Aufrechterhaltung der Bildungsarbeit unter den schwierigen Bedingungen des Krieges“, sagt Maike Finnern, Vorsitzende der GEW und Vize-Präsidentin der Bildungsinternationale. Seit Anfang 2025 fördert das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung die Gewerkschaftspartnerschaft, und zwar bis Ende 2026. Damit werde die Kooperation „noch einmal auf ein anderes Niveau gehoben“. Vorbereitet und unterstützt wurde die Projektförderung durch den Union Scout Harun Demircan, der für die GEW an der Schnittstelle zwischen Entwicklungszusammenarbeit und Gewerkschaftsarbeit tätig ist (siehe auch S.2/3 in dieser Ausgabe).

Romanjuk und seine Mitstreitenden haben sich nun mit Vertreter*innen von vier ukrainischen Ministerien an einen Tisch gesetzt, den Dialog begonnen. Romanjuk sagt: „Dank der Unterstützung aus Deutschland werden wir von unserem Bildungsministerium sehr ernst genommen. So wurde die Einrichtung eines interministeriellen Gremiums zur Lohnreform beschlossen.“ Das war schon im Mai. Seither sei allerdings noch nichts weiter geschehen, sagt der Gewerkschafter: „Es fehlt der politische Wille zur Umsetzung.“

» Für junge Menschen muss es attraktiv sein, den Lehrberuf zu ergreifen und in der Ukraine zu unterrichten. «

GEW-Vorsitzende Maike Finnern

Aber die Lehrenden lassen nicht nach. Mathis Wilk, der die Zusammenarbeit von Seiten der GEW koordiniert, erklärt: „Das Interesse an Gewerkschaftsarbeit in der Ukraine ist groß. Ungefähr 150 Mitglieder der dortigen Bildungsgewerkschaft möchten sich als Multiplikator*innen für die gewerkschaftliche Arbeit schulen lassen.“ Es gehe unter anderem um „Fragen der Organisierung und Tarifverhandlungen“. Dazu habe es bereits Veranstaltungen gegeben für Fortbildungen und Erfahrungsaustausch.

„Wir setzen auf einen Ausbau und eine stärkere Vernetzung unserer Gewerkschaft“, erklärt Romanjuk. Das gehe aber nicht ohne Unterstützung: „Eltern, Politik, Wirtschaft und unsere ausländischen Partner müssen erkennen, dass gute Bildung die Grundlage für eine funktionierende Zukunft ist.“

GEW-Vorsitzende Finnern sagt: „Mit unserer Gewerkschaftspartnerschaft wollen wir dazu beitragen, die wichtige Arbeit der Bildungsgewerkschaft als Stimme der Beschäftigten zu stärken und die Bedingungen im Bildungsbereich zu verbessern. Für junge Menschen muss es attraktiv sein, den Lehrberuf zu ergreifen und in der Ukraine zu unterrichten.“

Autor: Bernhard Clasen lebt seit 2014 als Reporter abwechselnd in der Ukraine und in Mönchengladbach.

NETZWERK FÜR GEWERKSCHAFTSFREIHEIT

»Es geht um Einschüchterung und oft um Leben und Tod«

In der Initiative Gewerkschaftsfreiheit International kämpfen Ehrenamtliche von IG Metall und Amnesty gemeinsam für verfolgte Arbeitsrechtsaktivist*innen.

Für Sharifeh Mohammadi geht es ums Überleben. Ein iranisches Revolutionsgericht hat sie im Februar ein zweites Mal zum Tode verurteilt. Die gelernte Industriedesignerin hatte sich in einer legalen Gruppe organisiert, die die Gründung unabhängiger Gewerkschaften unterstützt. Die Ankläger werfen Mohammadi „bewaffnete Rebellion gegen den Staat“ und Mitgliedschaft in einer verbotenen Vereinigung vor.

4.000 Kilometer weiter nordwestlich der iranischen Region Gilan, wo Mohammadi im Gefängnis um ihr Leben kämpft, sitzt Aliaksandr Yarashuk ebenfalls in Haft. Der Präsident des belarussischen Kongresses Demokratischer Gewerkschaften wurde zu vier Jahren verurteilt, weil er gegen Putins Angriffskrieg gegen die Ukraine protestierte. Die offiziellen Vorwürfe gegen ihn sind genauso haltlos wie die gegen Mohammadi. Dass er Vizepräsident des Internationalen Gewerkschaftsbundes (IGB) und Mitglied im Verwaltungsrat der Internationalen Arbeitsorganisation ist, verschaffte ihm offenbar keinen Respekt bei den Häschern.

„Mohammadi und Yarashuk brauchen jede Unterstützung“, sagt Begüm Langefeld, Sprecherin der Koordinationsgruppe Gewerkschaften von Amnesty International. „Beide müssen bedingungslos freigelassen werden“, fordert Ulrich Breitbach, der bei der IG Metall aktiv ist. Beide arbeiten zusammen bei Gewerkschaftsfreiheit International, einer ehrenamtlichen „Initiative der IG Metall in Kooperation mit Amnesty“, wie es in der Selbstbeschreibung heißt.

Zum 1. Mai dieses Jahres haben sie gemeinsam mit engagierten Gewerkschafter*innen und anderen Ehrenamtsgruppen eine Aktion für Mohammadi und Yarashuk gestartet und dazu aufgerufen, sich in Form von Online-Petitionen, E-Mails oder Briefen an die Regierungen für die Freilassung der beiden einzusetzen. Diese internationale Solidarität kann erfolgreich sein: 2024 standen zwei Gewerkschafterinnen aus Kambodscha und Belarus im Fokus der Aktion zum Tag der Arbeit. Beide sind inzwischen frei.

> **»Die Mitarbeit ist offen, man muss kein IG Metall-Mitglied sein, um mitzumachen.«**
>
> **Ulrich Breitbach, IG-Metall**

„Bei der Verfolgung geht es immer um Einschüchterung und oft um Leben und Tod“, sagt Langefeld und verweist auf den seit 2014 jährlich erscheinenden Global Rights Index des IGB. Dieser dokumentiert akribisch, wie Gewerkschaften und Arbeitnehmende weltweit unter Druck sind: Wo – wie derzeit in so vielen Ländern – Angriffe auf die Demokratie stattfinden, trifft es die Verteidiger von Menschen- und Arbeitnehmendenrechten als erste. So wird derzeit das Recht, sich in Gewerkschaften zu organisieren, weltweit in drei von vier Ländern behindert.

„Unsere Initiative beschäftigt sich immer auch mit diesen politischen Zusammenhängen, und wir stellen

Foto: Privat

Sharifeh Mohammadi ist im Iran zum Tode verurteilt worden.

Foto: Nasha Niva

Aliaksandr Yarashuk sitzt in Belarus in Haft.

Aktuell laufen Kampagnen für die Freilassung der iranischen Gewerkschafterin Sharifeh Mohammadi und des belarussischen Gewerkschaftspräsidenten Aliaksandr Yarashuk.

einzelne verfolgte Kolleg*innen in den Fokus“, sagt Breitbach. Das unterscheide sie von anderen internationalistischen gewerkschaftlichen Gruppen, die Strukturen in einzelnen Betrieben unterstützten.

Die Vernetzung mit diesen Gruppen wie auch mit dem IGB und Internationalen Gewerkschaftsverbünden wie IndustriAll oder PSI sei jedoch existenziell – nicht nur, um Informationen auszutauschen, sondern auch, um internationale Solidarität besser zu verankern. „Die Aktiven in den Gewerkschaften und Betrieben haben so viel zu tun mit Betriebspolitik und Sozialpolitik, dass sie für internationale Themen immer wieder angesprochen werden müssen“, so Breitbach. Dann sei das Interesse aber da. „Es ist ihnen klar, dass es ohne Solidarität auch über Grenzen hinweg keine Gewerkschaften gäbe.“

Die Initiative Gewerkschaftsfreiheit International gibt es seit 2020. Sie ist keine Gliederung der IG Metall, sondern arbeitet ehrenamtlich, kann sich aber auf den Rückhalt bei den Hauptamtlichen verlassen. Auch, weil der stellvertretende Vorsitzende Jürgen Kerner sie damals ins Leben gerufen hat. Und weil die IG Metall es gern unterstützt, wenn jemand aktiv wird. „Bei der 1. Mai-Aktion haben dieses Jahr schon mehr als 40 Geschäftsstellen mitgemacht“, sagt Breitbach. Auch auf andere Gewerkschaften und den DGB strahlt die Arbeit aus. „Die Mitarbeit ist offen, man muss kein IG Metall-Mitglied sein, um mitzumachen.“

Amnesty bringt seine Expertise in der Fallarbeit und im Research ein: Die Menschenrechtsorganisation arbeitet mit NGOs, die direkt vor Ort sind. „Bei uns werden alle Informationen doppelt und dreifach geprüft“, sagt Langefeld. Mit seinen Publikationen, weltweiten Kampagnen und direkter Lobbyarbeit ist Amnesty zudem international sehr breit aufgestellt – und die Mitglieder kennen sich mit Petitionen und Briefeschreiben aus.

Auf der anderen Seite kann die IG Metall mit ihren zwei Millionen Mitgliedern und der Verankerung in den Betrieben breite Schichten erreichen und mobilisieren. „Und manchmal haben wir auch die besseren Kontakte“, sagt Breitbach. Die Informationen über Yarashuk etwa kamen über die Gewerkschaftsschiene.

Die Initiative lädt jährlich im Februar zu einem Workshop in Frankfurt am Main ein, den die IG Metall finanziert. Zwischen 20 und 30 Aktive nehmen daran teil, zusätzlich gibt es zwei Videokonferenzen, die 1. Mai-Aktion und mehrere Newsletter. Das Bildungszentrum in Sprockhövel räumt ihr einen Platz auf der Homepage ein, wo es neben Hintergründen auch immer die neuesten Infos gibt.

Aktuell am wichtigsten: Die Postkartenaktionen laufen noch. Vor allem für Mohammadi spitzt sich die Lage zu. Seit Israel den Iran bombardiert hat, sind immer mehr Todesurteile auch vollstreckt worden.

Alle Informationen und die Möglichkeit zu unterschreiben gibt es hier:

https://igmetall-sprockhoevel.de/verfolgte-gewerkschafterinnen/

https://www.amnesty.de/mitmachen/brief-gegen-das-vergessen/iran-sharifeh-mohammadi-august-2025-2025-07-25

Kontakt: amnesty@igmetall.de

Autorin: Beate Willms

AUS DEN PROJEKTEN

Panama: Die neue Macht der Bananen-arbeiter*innen

Panamas Präsident Mulino will, so sagt er, sein Land „aus dem Würgegriff der Gewerkschaften“ befreien. Dass er über die Bananenproduktion derzeit nur mit dem Fruchtkonzern Chiquita verhandelt, werden Arbeiter*innen sich nicht bieten lassen – auch dank Unterstützung durch das DGB-Bildungswerk.

Gegen Francisco Smith wird ermittelt. Der 53-jährige Vorsitzende von Sitraibana, der Gewerkschaft der Arbeiter in der Bananenindustrie, muss sich wegen illegaler Straßenblockaden und Aufruf zum Widerstand verantworten. „Ich darf mich in Panama nicht frei bewegen, muss mich regelmäßig bei den Behörden melden“, sagt der ehemalige Plantagenarbeiter mit dem breiten Kreuz.

Bis 2017 erntete Smith Bananen rund um die Provinzstadt Changuinola auf einer von rund zwei Dutzend Chiquita-Plantagen, wo die gelben Früchte verpackt und nach Europa exportiert wurden. Dann wurde er zum Vorsitzenden der Gewerkschaft gewählt und vertritt nun deren Interessen in der Bananenprovinz Bocas del Toro sowie gelegentlich in Panama City.

In der Hauptstadt hat Smith Mitte Juni 2025 einen Kompromiss mit den Abgeordneten des Parlaments ausgehandelt. Die Arbeiter*innen von Sitraibana räumten die Straßensperren in Bocas del Toro und stellten den Streik nach vierzig Streiktagen ein. „Mit dem Gesetz 462 soll das Rentensystem reformiert werden und erkämpfte Rechte sollen beschnitten werden. Zum Beispiel soll das Renteneintrittsalter steigen. Dagegen sind wir auf die Straße gegangen. Das ist legitim und die Parlamentarier sind uns auch entgegengekommen“, erklärt Smith. Die Abgeordneten sicherten ihnen zum Beispiel zu, das frühere, von den Gewerkschaften erkämpfte Pensionsrecht zu erhalten.

> **» 40 Tage lang Straßenblockaden zu organisieren, die Plantagen lahmzulegen und trotz Polizeigewalt durchzuhalten, das zeugt von einem hohen Maß an Einigkeit.«**
>
> **Dialys Isbeth Campa, Gewerkschaftsdachverband in Panama**

Smith hat auch Chiquita, den wichtigsten Arbeitgeber im Bananensektor, schon früh darauf hingewiesen, dass ein Arbeitskonflikt rund um das Gesetz 462 drohe. Warum? „Wir müssen uns als Interessenvertretung der Arbeiter*innen wehren“, sagt er. Also legten er und die rund 7.000 organisierten Arbeiter*innen im Bananensektor des Landes die Arbeit nieder. „Wir haben eine Urabstimmung gemacht. Das Ergebnis war eindeutig. Dann haben wir Chiquita informiert, dass sich der Streik nicht gegen sie, sondern gegen die Regierung in Panama Stadt richtet“, erzählt Smith.

Doch dann erklärte zuerst das Arbeitsministerium, später ein Gericht den Streik für illegal. Chiquita nutzte dies, um alle rund 7.000 Angestellten aus Produktion, Verpackung und Verwaltung in der Provinz Boca del Toro zu entlassen. Smith sieht darin ein arbeitsrechtlich fragwürdiges Vorgehen.

Dialys Isbeth Campa vom Gewerkschaftsdachverband in Panama, der Confederación de Trabajadores de Panamas (CTRP) sieht das genauso. Auch sie hält den Streik für berechtigt und sagt: „40 Tage lang Straßenblockaden zu organisieren, die Plantagen lahmzulegen und trotz Polizeigewalt durchzuhalten, das zeugt von einem hohen Maß an Einigkeit.“ Campa hat Smith und seine Kolleg*innen in der Bananenregion Bocas del Toro regelmäßig besucht. „Wir haben Seminare angeboten, Schulungen auf den Plantagen, Rechtsberatungen sowie Work Shops zu den Strukturen in der Lieferkette“, erklärt die 47-Jährige. Das sei Teil eines neun Jahre lang laufenden Programms gewesen, das dank internationaler Unterstützung auch des

Foto: Privat

Versammlung von Arbeiter*innen der Bananengewerkschaft. Sie müssen ihre Rechte gegen Multis sowie gegen Sozialabbau und Repression durch die konservative Regierung verteidigen.

Bundemsministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) möglich gewesen sei.

So hat zum Beispiel das DGB Bildungswerk das Programm aus seinem Büro in São Paulo koordiniert. Am Ende konnte auf jeder der rund 40 Bananen-Plantagen in der Region Bocas del Toro eine Gewerkschaftsvertretung aufgebaut werden. Das ist nicht selbstverständlich.

Denn Gewerkschaften stehen im Plantagenanbau Lateinamerikas unter extremem Druck, Arbeitsrechte werden von Fruchtunternehmen wie Chiquita, Del Monte oder Dole oft unterlaufen. Erst vor wenigen Wochen wurde Chiquita in Kolumbien wegen der Zusammenarbeit mit Paramilitärs zu Entschädigungen für die Opfer verurteilt.

Repression durch staatliche Institutionen hat es in der Bananenregion Bocas del Toro, aus der 17 Prozent der nationalen Exporte kommen, bereits in den 1990er gegeben. In den letzten Wochen haben sie sich unter der Regie des libertär agierenden Präsidenten José Raúl Mulino wiederholt. Mulino hat den Ausnahmezustand über die Region verhängt und Spezialeinheiten der Polizei geschickt, um die Proteste mit Gewalt zu beenden.

Das hat massive Kritik der Internationalen Arbeitsorganisation nach sich gezogen. Für Mulino geht es jedoch darum, „Panama aus dem Würgegriff der Gewerkschaften“ zu befreien, wie er es nennt. So verhandelt die Regierung in Panama City derzeit mit Chiquita über die Wiederaufnahme der Bananenproduktion. Sitraibana ist bei den Gesprächen nicht dabei.

Für Francisco Smith ist das – genauso wie die Entlassung von Arbeiter*innen mit chronischen Erkankungen im Mai – ein weiterer Affront. Allerdings ist er sich sicher, dass an der Gewerkschaft kein Weg vorbeiführt. „Wir haben es dank der internationalen Hilfe geschafft, unsere Mitglieder zu qualifizieren. Sie sind geeint, bereit, erneut für Chiquita zu arbeiten, aber nur zu fairen Bedingungen.“ Smith ist sich sicher, dass weder der Fruchtkonzern noch die Regierung 7.000 neue Plantagenarbeiter*innen finden werden – und er ist dialogbereit.

Autor: Knut Henkel arbeitet als freier Journalist zu Wirtschaft und Gesellschaft in Lateinamerika - und bereist immer wieder Länder wie Panama.

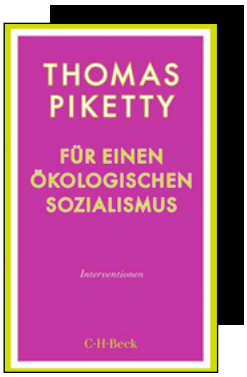
In Kürze

UN verhandeln Steuergerechtigkeit

Die Vereinten Nationen (UN) haben Verhandlungen über ein Rahmenübereinkommen zur internationalen Zusammenarbeit in Steuerfragen begonnen. Die erste Runde fand Anfang August 2025 statt, bis Ende 2027 sollen die Gespräche über ein „inklusives, transparentes und gerechtes globales Steuersystem unter dem Dach der UN“ abgeschlossen sein. Die Gewerkschaftsbewegung hat klare Forderungen formuliert und von einer Delegation unter Leitung des Internationalen Gewerkschaftsbundes, der Internationale der Öffentlichen Dienste und des Gewerkschaftsnetzwerks für Steuergerechtigkeit überbringen lassen. Kurz gefasst geht es darum, dass multinationale Unternehmen ihren gerechten Anteil beitragen, der Missbrauch von Steuerregeln unterbunden wird und diese auf ihren sozialen Impact abgeschätzt werden. Gewerkschaften und Zivilgesellschaft wollen in alle Prozesse eingebunden werden – und dass ein UN-Gremium die Umsetzung aller Rechenschaftspflichten überwacht.

Forderungskatalog: https://www.ituc-csi.org/ITUC-PSI-written-inputs-to-the-INC-on-the-UN-Framework-Convention?lang=en

Buchtipp: Für einen ökologischen Sozialismus



Der mit seiner Forschung zu wirtschaftlicher Ungleichheit bekannt gewordene französische Ökonom Thomas Piketty ist wieder da: In seinem neuen Buch „Für einen ökologischen Sozialismus“ fordert er eine radikale Neuausrichtung von Wirtschaft und Gesellschaft für mehr globale Gerechtigkeit. Er plädiert für einen „demokratischen, partizipativen Sozialismus“, der auf progressive Besteuerung von Vermögen und Erbschaften sowie gerechte Verteilung von Einkommen setzt. Eigentum soll zirkulieren, damit sich Reichtum nicht dauerhaft konzentriert. Piketty stellt sich föderale, dezentral organisierte und transnationale Strukturen vor, die Wirtschaft und Politik mit sozialer und ökologischer Verantwortung verbinden. Besonders betont er globale Gerechtigkeit, etwa durch Reparationsleistungen an ehemalige Kolonien und Klimaschutz. Dieser Wandel zu mehr Gleichheit und Nachhaltigkeit könne, davon ist Piketty überzeugt, friedlich erfolgen und sei realistisch erreichbar.

https://www.chbeck.de/piketty-oekologischen-sozialismus/product/38775172

Michael Sommer. Globaler Brückenbauer und Netzwerker

Foto: CC BY-NC-SA 2.0 /flickr

Wer mit ihm arbeitete, kannte ihn als engagierten Gewerkschafter, und vor allem als Brückenbauer. Drohte eine schwierige Verhandlungsrunde an zu weit auseinanderliegenden Positionen zu scheitern, mühte Michael Sommer sich – meist erfolgreich – in seiner ruhigen und sachlichen Art, den Gesprächsfaden wieder aufzunehmen und in Richtung bessere Arbeitsbedingungen als gemeinsames Ziel weiterzuspinnen. Diese Fähigkeit prägte seine gesamte internationale Gewerkschaftsarbeit.

Schon als Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes, der er von 2002 bis 2014 war, legte Michael Sommer Wert auf die internationale Zusammenarbeit. Ab 2004 war er auch in führenden Positionen beim Vorläufer des Internationalen Gewerkschaftsbundes und schließlich beim IGB selbst aktiv, unter anderem als stellvertretender IGB-Präsident, bis er von 2010 bis 2014 dieses höchste Amt selbst übernahm.

Respekt erwarb er sich beispielsweise mit seinem Einsatz während der globalen Finanzkrise von 2008/2009. Hier koordinierte er gemeinsam mit anderen Gewerkschaftsführern weltweite Anstrengungen, um Arbeitsplätze zu schützen und soziale Folgen abzufedern. Darüber hinaus engagierte er sich für die Einführung eines globalen Mindestlohns, um prekäre Beschäftigungsverhältnisse zu bekämpfen und faire Löhne international durchzusetzen.

Auch nach seiner Zeit als hauptamtlicher Gewerkschafter blieb er der internationalen Bewegung eng verhaftet. Als stellvertretender Vorsitzender der Friedrich-Ebert-Stiftung betonte er auf seinen internationalen Reisen immer wieder die Bedeutung der Gewerkschaften für die Demokratie.

Michael Sommer trug so maßgeblich dazu bei, Gewerkschaften weltweit enger zu vernetzen, um soziale Standards gemeinsam voranzubringen. Sein Pragmatismus und seine Fähigkeit zum Ausgleich machten ihn zu einer wichtigen Stimme in der globalen Gewerkschaftsbewegung. Am 30. Juni 2025 starb er im Alter von 73 Jahren.

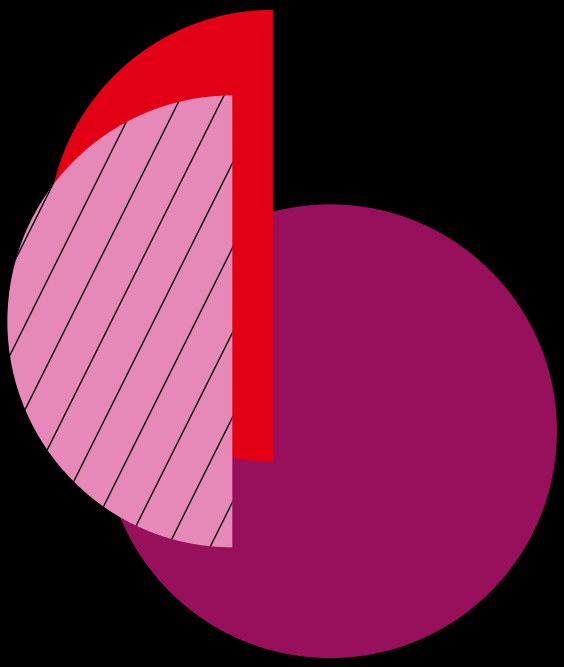
Credit: INDI Film GmbH, Dschoint Ventschr

Filmtipp: Solidarity

Globale Solidarität ist eine Errungenschaft der Vereinten Nationen als Lehre aus den Zerstörungen des Zweiten Weltkriegs und seitdem ein kompliziertes und sensibles Projekt. Insbesondere gegenüber Geflüchteten lassen sich immer wieder Herausforderungen und Grenzen ausloten. David Bernet versucht das in seinem Dokfilm „Solidarity“. Er startet 2021 an der polnisch-belarussischen Grenze, wo Aktivistin Marta Siciarek die Gräber von Flüchtlingen zeigt und auf die brutalen Pushbacks verweist. Nach dem russischen Angriff auf die Ukraine 2022 erfährt Polen dagegen eine Welle freiwilliger Hilfe und Grenzöffnung für ukrainische Flüchtlinge. Bernet fragt, warum Solidarität selektiv erfolgt: Der Moralphilosoph Bashshar Haydar meint, Menschen solidarisierten sich vor allem mit Personen, denen sie sich verbunden fühlen. UNHCR-Vertreter*innen wie Filippo Grandi und Gillian Triggs betonen die Mühen echter Inklusion – weniger als 1 Prozent der Flüchtlinge erreichen eine neue Heimat und Arbeitserlaubnis. Der Film porträtiert den Kontrast zwischen Welterklärungen und realen Dramen an den Grenzen und hinterfragt die Defizite globaler Hilfe

Kinostart: 21. September

In Kürze



Für Just Transition in der Pflegeökonomie

Foto: CC BY-NC 2.0 /flickr

Vor dem 2. UN-Gipfel für Soziale Entwicklung im November in Doha hat der weltweite Gewerkschaftsverband der Gewerkschaften der Öffentlichen Dienste (PSI) Vorschläge gemacht, wie die Pflegebranche fair und gerecht umgebaut werden muss. Kern ist die Aufforderung, „mit der Vorstellung zu brechen, dass die Pflege gleichmäßig zwischen Familie, Staat und Markt aufgeteilt“ werden solle. Stattdessen müssten alle Reformen davon ausgehen, dass die Verantwortung in erster Linie bei den Staaten liegt. Diese hätten für würdige Arbeitsbedingungen, Professionalisierung und gewerkschaftliche Vertretung der Beschäftigten zu sorgen. Der private Sektor sei nur als „ergänzender und nicht als ersetzender Akteur“ einzubinden und müsse streng reguliert werden. Gewerkschaften müssten prominent dabei eingebunden werden, die Politik zu gestalten – und zu überwachen. Auch die ILO-Resolution zur Unterstützung menschenwürdiger Arbeit in der Pflegeökonomie müsse dahingehend überarbeitet werden. „Die Staaten müssen akzeptieren, dass Pflege nicht der Gnade des Marktes oder dem guten Willen der Familie überlassen werden darf. Sie muss durch solide öffentliche Politik, ausreichende Ressourcen und die Einbeziehung der Pflegekräfte in die Entscheidungsfindung gewährleistet werden“, heißt es von PSI.

IMPRESSUM

DGB Bildungswerk e. V.
Franz-Rennefeld-Weg 5
40472 Düsseldorf
Vorsitzende: Elke Hannack
Geschäftsführung: Claudia Meyer
Amtsgericht Düsseldorf VR 5046
V.i.S.d.P.: André Edelhoff
Projektleitung: Valerie Franze
Redaktion: Hanna Gersmann, Beate Willms
Layout: VOIGT.GRAFIK, Düsseldorf; www.voigtgrafik.de

Tel: +49 (0) 211 4301-329
Fax: +49 (0) 211 4301-500
Email: nord-sued-netz@dgb-bildungswerk.de
www.dgb-bildungswerk.de
www.nord-sued-netz.de

ISSN 2748-9841

Für den Inhalt dieser Publikation ist allein der Herausgeber verantwortlich; die hier dargestellten Positionen geben nicht den Standpunkt von Engagement Global oder des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung wieder.

Eine Publikation im Rahmen des Projekts Gute Arbeit weltweit.

Gefördert von ENGAGEMENT GLOBAL mit Mitteln des

BMZ Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

DGB BILDUNGS WERK

Gute Arbeit weltweit

Unsere Lebens- und Arbeitswelt, Wirtschaft und Gesellschaft können wir nur verstehen und verändern, wenn wir globale Entwicklungen und Zusammenhänge mitdenken. Dafür bietet das Projekt Gute Arbeit weltweit Informations- und Bildungsmaterialien sowie Seminare an.

Themenheft
Unternehmensverantwortung weltweit
Potenzial des Lieferkettengesetzes für die Gewerkschaftsarbeit

> Hier bestellen

Methodenheft
Für die politische Bildungsarbeit
Menschenrechte in Globalen Lieferketten

> Hier bestellen

NORDSÜD NEWS abonnieren:

www.dgb-bildungswerk.de/weltweit/newsletter-nord-i-sued-news